

Erstein in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.
Abonnementpreis
Für ganz Deutschland 1 Mk. 40 Pf. pro
Quartal.
Monats-Abonnement
werden bei allen deutschen Buchhändlern
auf den 2. und 4. Monat, und auf den
6. Monat besonders angenommen; im
Sonder-Vertrag auch auf den 12. Monat
für 4 Mk. 80 Pf.
Inserate
herv. Veranlassungen 20, Beilage 10 Pf.,
herv. Privatangelegenheiten und Feste pro
Beilage 30 Pf.

Vormärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Nr. 124.

Sonntag, 21. Oktober.

1877.

Zu spät — zu früh!

Der Verfasser des Artikels „Warum nicht?“ ist mißverstand worden. Er hat keineswegs gemeint, daß jetzt an Stelle einer progressiven Einkommensteuer eine Ausbeutesteuer im Arbeiterprogramm treten sollte, sondern daß es überhaupt einmal geschehen und deshalb schon jetzt besprochen werden sollte. Daß sein Vorschlag reifliche Ueberlegung verdient, wird zuzugestehen sein. Er selbst will ihn aber vorläufig nicht weiter verfolgen; er will stattdessen den Gedanken ausführen, daß im Schoße der Sozialdemokratie gewisse Fragen gar nicht früh genug verhandelt werden können, damit sie nicht durch Ereignisse überrascht werden, welche zu früh für ihre Vorbereitungen eintreten mögen. Die Einzelheiten dessen, was die Zukunft bringen wird, können natürlich nicht vorausgesehen werden; wohl aber ist soviel Weisheit von jeder Partei, welche die Gesellschaft zu erneuern strebt, zu verlangen, daß sie auf die unfehlbar möglichen Fälle der Zukunft im Voraus gerüstet sei, um sie sofort beherrschen und ausbeuten zu können.

Was wäre denn der Nutzen eines tieferen Fortschritts nach den bewegenden Gesetzen in der Geschichte, wenn zweifelhafte Schritte immer wieder, wie bisher, zu früh, oder aber zu spät getan werden sollen? Man nenne es deshalb nicht mäßige Rannegeheißerei, wenn wir hier verschiedene Möglichkeiten der Zukunft erwägen, welche von jedem Sozialdemokraten überlegt sein wollen. Der Verfasser denkt zeigen zu können, daß Europa ganz nahe vor einem Wendepunkte seiner Geschichte steht; gefehlt aber, er irrte sich darin — ist es nicht unbedingt notwendig, daß auf die bloße Möglichkeit eines solchen Wendepunktes hin gewisse Entschlüsse in der Seele eines jeden Sozialdemokraten festsetzen?

Dem Verfasser dieses steht es schon lange fest, daß das Gzarenthum in dem jetzt begonnenen Kriege mit der Türkei sich den Hals brechen mußte; er hat es sechs Jahre lang im Lande selbst unterzucht. Aber gleichviel, in welcher besonderen Weise sein Untergang erfolgt — der Untergang selbst ist jetzt besiegelt. Seine militärische und finanzielle Ohnmacht ist aller Welt enthalt. Das Geheimnis seiner bisherigen Erfolge ist verrathen — es bestand in der Eifersucht Oesterreichs und Preussens und der Zersplitterung Deutschlands, in der Teilung Polens und in der Bestechung hervorragender „Staatsleute“ und Pressen Europas.

Mehr aber als das — seine Volkskraft ist gänzlich erschöpft, seine letzten Hilfsmittel sind muthwillig verwaist. Rußland ist als Großmacht ausgemerzt, es hat aufgehört der Alp Europas zu sein, und ist der Revolution verfallen. Revolution in Rußland aber bedeutet das Aufhören der Steuerzahlung und Rekrutenstellung und die Rückkehr zum alten Communismus seitens der Bauern, Aufhören jedes Despotismus von oben herab durch Einbruch allgemeiner Verwirrung und Zerfall des Reichs in seine weit verchiedenen Bestandtheile. Keine Macht der Welt kann dem vorbeugen. Natürlich ist damit auch der Panславismus todt, und Oesterreich und Preussens Kamarillen und auswärtige Politik verlieren ihre Stütze. Das gesamte europäische „Gleichgewicht“ ist verrückt, und jede Großmacht muß ihre Sicherheit anderswo als bisher suchen. Aber damit noch nicht genug.

In Frankreich hat der Bonapartismus im Bunde mit dem Ultramontanismus eine Entscheidung muthwillig verfrüht, welche die Urheber zu Grunde richten muß. Für unsere Partei ist dort zunächst wenig Aussicht; allein eine Reaktion gegen den Bonapartismus und Ultramontanismus ist sehr wahrscheinlich, und damit Wiederkehr der Press-, Rede- und Versammlungsfreiheit, Amnestie und eine wachsende Organisation unserer Partei über das ganze Land hin. Dieses Beispiel muß in Spanien und Italien Nachahmung finden. Damit halte man zusammen, was folgt.

Der Militarismus ist im gesamten festländischen Europa eine unerträgliche Last geworden. Freilich stützt er sich auf die Bourgeoisie, weil diese mit ihm den Boden unter den Füßen verlieren würde; allein die Bourgeoisie ist feig, und wenn im Osten und Westen zugleich revolutionärer Wind weht, wenn ein neuer „Völkerfrühling“ begonnen hat, weil der russische und bonapartistische Alpdruck abgestreift ist, wenn die Regierungen im eigenen Volke ihren Halt suchen müssen, weil keinerlei Diplomatie mehr auswärtigen Halt gewährt, wenn es für keinen Staat mehr eine gegenseitige Versicherungsaussicht giebt, als in der Zufriedenstellung des arbeitenden Volkes: so wird sie nachgiebig werden. Die sogenannte gebildete Klasse wird aus ihrer Verdienstenstellung heraustreten und williger sein, den sozialdemokratischen Bestrebungen Vorschub zu leisten, weil sie einsehen muß, daß die Natur hebröht ist und gerettet werden muß.

Außerdem hat der Militarismus sich abgewirtschaftet; es ist eine so große Anzahl von Söhnen des arbeitenden Volks waffenfähig geworden, daß kein Heer länger als blindes Werkzeug eines abgelebten Systems zu betrachten ist, und daß ein Abkommen zwischen den Nachbarstaaten getroffen werden muß, um die gleichzeitige Entwaffnung aller zu bewirken, Vollerfreiheit, Freiheit auf gleichberechtigter Weise zu schlichten und die innere Ruhe durch ein Volksheer nach schweizerischem Muster zu sichern.

Diese Sachlage dürfte sich binnen einem einzigen Jahre entwickeln haben. Geseht wir irren hierin — ist nicht die Wahrscheinlichkeit davon vorhanden? Ist nicht die Möglichkeit voraus zu erwägen? Ist es nicht zu spät, sie zu erwägen, sobald sie unerwartet eintritt? Ist es der Sozialdemokratie würdig, den überwachenden Ereignissen rathlos und uneinig gegenüber zu stehen?

Aber in welcher Weise kann man sich auf solche Möglichkeiten

vorbereiten? — Wir beantworten diese Frage mit einigen unmaßgeblichen Vorschlägen.

Das Allerhöchste ist, in Großbritannien eine energische Agitation der internationalen Ideen einzuleiten. Dieses Land wird nach Abkantung Rußlands die einzige abgibt europäische Großmacht sein und einen überwiegenden Einfluß besitzen. Der Propaganda in unserem Sinne ist dort durch die großartige genossenschaftliche Gewerkschaftsorganisation vorgearbeitet; sie kann durch Einwirkung auf die Vorstände der Trades-Unions und durch Massenversammlungen sehr beschleunigt werden. Es ist möglich, durch den Druck der zwei Millionen Gewerkschaftler auf das Parlament diesem Lande eine auswärtige Politik aufzuzwingen, welche der Abschaffung des Militarismus und dem Grundgesetz Vorschub leistet, daß die Staatsgrenzen sich nach der Abstimmung der Bevölkerung der streitigen Bezirke zu richten haben, und daß eine europäische Commission die Freiheit dieser Abstimmung sichert.

Es ist möglich, in Großbritannien und durch dessen Beispiel überall den — vorläufig — achtstündigen Normalarbeitstag einzuführen und den Gewerkschaften einen Einfluß auf die Gesetzgebung zu sichern. Es ist möglich, durch Unterhandlung Großbritannien mit allen Staaten dessen Gesetzgebung — und zwar möglichst vervollkommenet — betreffs der öffentlichen Gesundheit und Fabrikverwaltung überall einzubürgern und auf eine allgemeine staatliche Lebens- und Unfallversicherung aller Arbeiter hinzuwirken. Und das Alles sind natürlich nur Vorstufen zu weiterer Verwirklichung der internationalen Ideen, unter denen wir die über das Volkserziehungswesen nur noch besonders nennen wollen. Wenn Großbritannien, das „klassische Land“ der Volkswirtschaft, mit solchen Vorstufen ein gutes Beispiel giebt, so ist überall die Nachfolge unausbleiblich.

Demnach ist in Betreff Polens ein Schritt zu thun. Es ist voranzufahren, daß in Polen, sobald in Rußland der Zusammenbruch des Gzarenthums erfolgt, zunächst in seinen russischen und österreichischen Landstrichen, sich eine Bewegung zu Gunsten der Wiederherstellung dieses Staates einleitet — eine Bewegung, welche sich diesmal nicht auf den Abel und die Bourgeoisie beschränkt, sondern im Bauernstande wurzelt. Das deutsche Volk, im Reiche wie in Oesterreich, ist moralisch verpflichtet, dieser Bewegung Vorschub zu leisten. Es kann das natürlich auf solche Weise geschehen, daß man mit den eigenen Landesgesetzen nicht in Zusammenstoß kommt; aber es muß laut und ernst überall geschehen. Die Umstände, unter welchen es geschehen wird, müssen günstiger sein, als sie je vorher waren. Die Ungarn dürften in Oesterreich verhindern, daß diese Macht gegen die Polen einschreitet; alle preussischen Grenzprovinzen gegen Polen hin haben ein Interesse an Abschaffung der Grenzperre; die deutschen Ultramontanen müssen aus Haß gegen die barbarischen Bekehrungsversuche der griechischen Kirche die polnische Bewegung unterstützen; endlich fällt mit dem Untergange der Großmacht Rußland der Hauptbeweggrund für die preussische Kamarilla hinweg, zur Rückendekung seitens des Gzaren im Polen im Banne halten zu helfen. Unter diesen Umständen braucht die Unterstüßung Polens den Deutschen keine großen Opfer zu kosten.

Unter der Voraussetzung, daß ein „Völkerfrühling“ eintritt, d. h. daß Hoffnung auf Volksherrschaft und bessere Zeiten den auf allen Völkern Europas lastenden Alpdruck des baulenden Gehorsams und der Verzweiflung beseitigen wird, und daß alle Stützen der rohen Gewalt wackelig werden, bleibt uns nun die Frage übrig, wie vollkommene Einigkeit über die stufenweisen Fortschritte zum Ziele herzustellen ist. Und mit Vassalle sollte jeder Sozialdemokrat darin übereinstimmen, daß immer nur eine Maßregel auf einmal mit aller Kraft durchzusetzen sei, aber immer zunächst diejenige, aus welcher die nächstfolgende sich von selbst ergibt und alle späteren folgerichtig hervorwachsen. Das hindert nicht, daß man alle Forderungen an den Staat und alle mit seiner Gesetzgebungsmacht durchzusetzen den Maßregeln gleichzeitig aufstelle; die erste Forderung aber sollte die erst zu betreibende sein, und darüber, daß die aufgestellte Reihe eingehalten werde, sollte Einstimmigkeit in der Partei erzielt sein. Es läßt sich nachweisen, daß die 1848er Bewegung in Frankreich und Deutschland daran gescheitert ist, daß eine solche Einstimmigkeit nicht vorhanden war.

Wir sind nun der unvorgreiflichen Meinung, daß im festländischen Europa die allererste Maßregel der Volksbewegung die sein sollte: durch sofortige Staatsverträge mit allen Nachbarstaaten die Ersetzung der stehenden Heere durch Volksheere nach dem schweizerischen oder einem noch weniger kostspieligen Muster zu bewirken. Diese Maßregel wird nicht bloß von den Sozialdemokraten, sondern auch von einer großen Mehrheit der Stimmgeber überhaupt befürwortet werden, denen das stehende Heer eine schwere Last ist; am freudigsten aber wird sie von den dienstpflichtigen Mannschaften selbst begrüßt werden. Diese Maßregel ist die einzig sichere Bürgschaft, daß hinfort der Volkswille Gesetz sein solle, und daß es keine höhere Macht als den gesetzlich ausgesprochenen Volkswillen geben solle. Sie räumt mit einem Male alle Möglichkeit einer Revolution hinweg und verbürgt steten Fortschritt. Wir zweifeln nicht, daß alle Sozialdemokraten hierin von vorn herein einig sein werden.

Schwerer dürfte die Festlegung der Reihenfolge aller übrigen Maßregeln fallen; allein die löbliche Einigkeit unserer Partei wird sich auch hierbei bewähren. Es kostet nichts, diese Vorfürge zu treffen, aber es kann viel, sehr viel nützen, sie bald zu treffen. Daß uns nicht zu spät hierüber einig werden — es zu früh zu thun, scheint kaum denkbar.

Zur Lebensmittelfrage.

Unter dieser Ueberschrift bringt aus der Feder des Herrn Dr. Arthur Mühlberger die „Wage“ nachstehenden vorzüglichen Artikel, den wir unsern Lesern nicht vorenthalten wollen: „Die Beilage der „Frankfurter Zeitung“ vom 1. Oktober enthält nachstehende Notiz:

Frankfurt, 28. September. In Leipzig hat sich ein Allgemeiner Deutscher Verein gegen Verfälschung der Lebensmittel gebildet. Am 10. Septbr. sind die Statuten beraten und am 23. Sept. die Constituirung vollzogen worden. Im Namen des Vereins wird in Leipzig eine Zeitschrift herausgegeben, deren erste Nummer Mitte Oktober erscheint. In bereits 50 Städten sind Verhandlungen zur Bildung von Zweigvereinen im Gange. Der Zweck des Vereins ist im § 2 der Statuten wie folgt ausgesprochen: „Der Verein hat, unter Ausschluß aller politischen und religiösen Tendenzen, den Zweck: den Verkauf und Verbrauch aller gefälschten und gesundheitsnachtheiligen Nahrungs- und Genussmittel, sowie anderer Verbrauchsgegenstände, sogenannter Geheimmittel und dergleichen zu unterdrücken und dadurch seine Mitglieder, und im weiteren das Volk, mehr und mehr gegen Benachtheiligung des Vermögens sowie gegen Gefährdung und Schädigung der Gesundheit schützen zu helfen.“ Es wird dann eine Reihe von Mitteln angegeben, durch welche der Verein praktisch sein Ziel zu erreichen gedenkt. Es versteht sich von selbst, daß im Interesse der öffentlichen Wohlfahrt die Bildung eines solchen Vereins lebhaft zu begrüßen ist. Es steht nur zu wünschen, daß der Verein eine umfassende Theilnahme findet, welche ihm die Erreichung seiner Ziele ermöglicht.

Es gehört zu den berechtigten Eigentümlichkeiten der Bourgeoisie, gewisse Fragen des allgemeinen Interesses mit wahren Feuersäulen zu erfassen, sie eine Zeitlang taufend und abertausendfach wiederzukaufen, um sie dann allmählich wieder geräuschlos verschwinden zu lassen, bis kein Haub mehr nach ihnen kräht. Sind die Fragen zufällig mehr oder minder unangenehmer Natur, berühren sie gar höhere und höchste Interessen, so pflegt man in der Regel bald von ihnen abzukommen und sich rasch zu überzeugen, daß man denn doch in der besten aller Welten lebt. Aus der Blumenlese der letzten Jahre wollen wir zur Illustration dieser Sätze nur erwähnen den Antikatholizismus, die Reichverbrennung und die Kaiserliche Anti-Gründungsagitation. Seit der russisch-türkische Krieg anfangt, langweilig zu werden, und die wahre Natur des Krieges doch gar zu unverhüllt zum Vorschein kommt, ist es wieder Zeit, sich mit sich selbst zu beschäftigen und allerhand hässliche Fragen vorzunehmen. Es scheint, als ob die „Lebensmittelfrage“ berufen sei, diese lange, unendliche Zeit auszufüllen, als ob diese Frage vor allen Anderen dazu angethan sei, mit aller Energie vorzunehmen und zu einer erspriesslichen Lösung geführt zu werden. Die Mißstände freilich, welche durch Unehrlichkeit und Betrug gerade hierin hervorgerufen werden, sind schreiend, und es wird kaum zu leugnen sein, daß jahraus jahrein dieses schamlose Treiben zahlreiche Opfer fordert, ganz abgesehen von der direkten und indirekten Schädigung, von welcher die Gesellschaft in ihren geschäftlichen und gesundheitlichen Verhältnissen betroffen wird.

Wir konstatieren zunächst, nicht ohne Bemerkung, daß der Sozialismus an diesem Lebensmittelfälschungs-Lärm keinen unmittelbaren Antheil hat. Von seinem Standpunkt aus ist die systematische Verfälschung der Lebensmittel, wie sie thatsächlich heute im Großen geübt wird, nur ein Symptom mehr dafür, wozu es mit einer Gesellschaft kommen muß, deren gesamte Umgebungen der absolutesten Willkür, der totalsten Anarchie preisgegeben sind. Die Verfälschung der Lebensmittel gehört mit einem Wort zu den natürlichen Lebensbedingungen der heutigen Gesellschaft. Daß sich mit einmal jetzt eine so lebhafteste Reaktion dagegen erhebt, ist ein Beweis, wie hochgradig diese Mißstände geworden sind, wie sehr und wie unmittelbar dieselben bereits in den höheren Schichten der Gesellschaft bemerkbar werden. Nichts mehr und nichts weniger!

Wir konstatieren in zweiter Linie mit nicht geringerer Genauigkeit, daß es mit dem laßter aller, laßter laßter in den ökonomischen Fragen der Gesellschaft doch nicht allein gethan zu sein scheint. Von allen Seiten schreien die liberalen Zeitungen nach Hilfe von oben, nach Straffesetz und Reichsgesundheitsamt. Unseres Wissens hat sich noch kein Bourgeois in der so überaus wichtigen Lebensmittelfrage über „Staatshilfe“ beschwert; vielmehr geben sich die Träger der öffentlichen Meinung, als ob wir furchtbar nur mehr mit Hilfe des Staatsanwalts und des Reichsgesundheitsamts unseren Hunger stillen und unseren Durst löschen könnten. Rame es auf diese Gelden des Prinzipals an, sie würden morgen alle Küche im deutschen Vaterland expropriieren und jedes Faß Bier mit Beschlag legen lassen.

Aber, wie gesagt, wir glauben, daß es der Bourgeoisie mit dieser ganzen Bewegung nicht einmal Ernst ist. Sie ist erzürnt, empört, voll Unwillen und Entrüstung, gewiß! Sie hat auch den besten Willen dem bösen Ding auf den Leib zu rücken, gewiß! Wer sollte leugnen, daß auch ihren Kindern lautere Milch zuträglich ist, als verwaßerte, oder daß sich hinter einem guten Schoppen besser politisieren läßt, als hinter einem schlechten? Und dennoch ist ihr's nicht Ernst mit dieser Bewegung; so wir prophezeien hier in nüchternster und trockenster Weise, daß, ehe ein Jahr verläuft, diese ganze Bewegung wieder vollständig eingeschlafen sein wird. Man wird vielleicht auf Grund einiger reichsgesundheitsamtlichen Untersuchungen einige Paragraphen des Strafgesetzbuchs scharfer formulieren, wohl auch einige Sündenböcke in den Pranger nageln. Es ist aber nicht bloß Illusion, sondern ganz einfach Windbeutelerei, wenn man glaubt, auf diese Weise auch nur das Geringste an den thatsächlichen Verhältnissen

zu ändern. Auch im Jahr 1879 wird noch genau so fort betrogen und gefälscht werden, wie in unseren glücklichen Tagen. Etwas feiner, etwas raffinierter vielleicht, mag sein, aber die Sache selbst wird ungeschwächt fortbestehen.

Darum das so sein muß, ist leicht zu verstehen. Es gibt eine Logik der Thatfachen, der sich nicht einmal ein normales Bourgeoisgehirn entziehen kann. Lasse man den Staat und unsere Bourgeoisie, als Treiber, nur erst einmal recht an diese Fragen heran, und es wird sich bald zeigen, wie absolut machtlos beide dieser tausendköpfigen Hydra gegenüber sind. Es wird sich ferner herausstellen, daß es eigentlich sehr unlogisch ist, nur der Nahrung seine väterliche Obhut zu leihen, während doch Kleidung und Wohnung zum mindesten gerade so gewichtige Dinge sind, wenn es sich einmal um Fragen der allgemeinen Wohlfahrt handelt. Und da es heutzutage im Staate und in der „Wissenschaft“ als Glaubenssatz gilt, daß man in allen diesen Dingen niemals positiv-organisatorisch, sondern höchstens negativ-strafrechtlich zu Werke gehen dürfe, so werden Beide, Staat und Bourgeoisie, sich in Balde von dieser gefährlichen Position weg in ihr verhängtes Lager des Strafrechts zurückziehen. Das Ende vom Lied wird wiederum sein, daß alles beim Alten bleibt. Wozu also der Barm? Lasse man vollends, wozu freilich sehr geringe Aussicht ist, einige Jahre sogenannter „Prospérité“ kommen, und die liberale Presse wird es Jedem als Verbrechen anrechnen, der diesen wunden Fleck überhaupt berührt. „In guten Zeiten betrügt man ja überhaupt nicht.“

Noch einen andern merkwürdigen Punkt können wir nicht unerwähnt lassen. Als vor nicht langer Zeit ein sachkundiger und wahrheitsliebender Mann der Gemüthsfabrikation des deutschen Reichs das Zeugnis „billig und schlecht“ ausstellte, da waren es nur die „Reichsfeinde“ und die noch schlummernden Sozialisten, welche im Ernst eine solche Ansicht hegen konnten. Heute scheut sich dieselbe Presse nicht, im Angesicht der Welt ein Jammerbild vaterländischer Misere zu zeichnen, das, wenn richtig, vollkommen gerechtfertigt wäre, von der Betrachtung der übrigen Nationen preisgegeben. Mit dem Liberalismus könnte man das etwa „patriotischen Takt“ nennen.

„Unsere Leser werden nun einsehen, was uns veranlaßt hat, dieser kleinen Auseinandersetzung die der „Frankfurter Zeitung“ entnommene Notiz über die „Bildung eines Vereins gegen Verfälschung der Lebensmittel“ voranzustellen. Wir haben es gewagt, trotz oder vielleicht wegen dieser Notiz in dem Vorstehenden diese ganze Bewegung als gänzlich nichtig zu bezeichnen, insofern sie vom Staatsanwalt und vom Reichsgesundheitsamt Abhilfe erwartet. Aber der deutsche Bürger hilft sich selber und deshalb gründet er Vereine. Sehen wir, was er mit diesen zu Wege bringen wird.

Um nach seiner Seite hin anzustoßen, wird der Verein ausschließlich ad hoc gebildet und § 2 der Statuten schließt ausdrücklich alle politischen und religiösen Tendenzen aus. Diese Eine Thatsache richtet das ganze Unternehmen. Eine kurze Erwägung wird auch Denjenigen, welcher in volkswirtschaftlichen Dingen nicht auf den Grund zu gehen pflegt, hiervon überzeugen.

„Tritt man an die Lebensmittelfrage heran, so drängt sich sofort die zweite Frage auf: wer ist hier die competente naturgemäße Behörde? Ist es der heutige Staat, welcher grundsätzlich jede soziale Organisation verneint? Gewiß nicht — er hat nur ein Werkzeug, das Strafrecht, und dieses ist vollkommen wirkungslos. Ist es der Staat der Zukunft, der sozialistische Staat? Wir fürchten, daß viele Sozialisten sofort mit „ja“ bei der Hand sind, und dennoch wäre leicht zu erweisen, daß derjenige centralisirte sozialistische Staat, wie er in so vielen Köpfen spukt, sich bald ebenso machtlos erweisen würde. Nun, wenn es der Staat nicht ist, so kann es nur die Gesellschaft sein? Gewiß. Und so wären wir denn wieder bei unserm harmlosen Vereine angelangt, den wir oben so schändlich desavouirten? Doch nicht. Die naturgemäße erste Instanz für alle Fragen, welche die unmittelbaren Lebensbedürfnisse der Menschen umfassen, ist die Gemeinde. Wenn das Bier in Stuttgart schlecht oder die Würste in Nürnberg verfälscht werden, so geht das offenbar zunächst Niemand anders an, als die Gemeinden Stuttgart und Nürnberg. Wir sehen also, daß die Lebensmittelfrage nicht bloß ihre soziale, sondern auch ihre eminent politische Seite hat, und daß sie in einfacherer Form nichts anderes befragen will als: was ist der Wirkungskreis der Gemeinde, was ist der Wirkungskreis der Gesellschaft oder des Staates?

Ein Stück Geschichte.

D. Jensen (Verteidigungsschrift) in der Untersuchungssache wider Wander.

Vom Justizrath Kober (d. d. 9. September 1845).

(Fortsetzung.)

Stieber, verblendet oder abhichtlich, überfiehet bei dieser Incrimination zweierlei. Wander verwirft nicht die Ruhe als Bürgerpflicht, er sagt nicht, daß sie aufhören solle Bürgerpflicht zu sein, er verwirft bloß die Auslegung, welche „das Philistertum“ dem Sage gebe, nämlich die, daß mit der bloßen Bezahlung der Abgaben auch alle Bürgerpflichten erfüllt wären, und man im übrigen nur für sein leibliches Wohl zu sorgen habe. Darin liegt nichts weniger als eine Aufforderung, ein friedliches Bürgerleben zu verlassen, sondern vielmehr bloß die, seine Bürgerpflichten nicht auf Abgabentrachtung zu beschränken.

Stieber überfiehet sodann zweitens, daß die Weisung, wohin die Bürger nach Wander's Ansicht ihre Thätigkeit richten sollen, keineswegs auf „politische Kämpfe“ geht.

Wander fordert auf, seiner Zeit anzugehören, und giebt dieser Aufforderung einige Unterabtheilungen, als: von ihren Ideen ergreifen sein und bewegt zu werden, ihre Leiden mit zu fühlen, für ihre Hochgedanken zu kämpfen, an ihren Hoffnungen sich zu erfreuen und zu wissen, welche Lebensfragen dem Volke in diesem Jahrhundert gestellt sind. Welche sind denn nun aber die Ideen, die Hochgedanken, die Leiden, die Hoffnungen und Lebensfragen der Zeit? Ehe sie nicht genannt worden, kann man nicht urtheilen, ob sie politische oder moralische, religiöse oder philosophische sind.

Ideen, Hochgedanken, Lebensfragen, Leiden, Hoffnungen, es kann scheinen, als hätte Wander in dieser Passage seiner Rede sehr stark mit dem Schaumlöffel geschöpft; wenigstens der Zuhörer schreift von Gefallen und andern Deuten der untersten Bildungsstufen gegenüber. Worte, nichts als Worte! Könnte man mit Prinz Ponlet sagen; oder mit dem Chinesen: die Pauke giebt einen großen Klang, aber sie ist inwendig hohl. Ideen, Hochgedanken, Lebensfragen sind allerdings Gefäße, worin gar mancherlei enthalten sein kann. Deshalb aber hat Stieber doch noch kein Recht, die Wander'sche Unbestimmtheit zu dessen Nachtheil zu benutzen, die daraus entspringende scheinbare Verwerthung mit seinen eigenen Kreaturen zu bevölkern und diese dann fälschlich für Wander'sche Gedanken-Gastarde auszugeben, entsprungen aus heimlicher Ehe mit dem Verbrechen.

„Und hier ist der Punkt, auf den wir die ganze Aufmerksamkeit des Lesers hinlenken, hier gilt es zu zeigen, daß auch diese Lebensmittelfrage, wenn richtig verstanden, für den Sozialismus ein ganz eminentes Interesse hat, und weit entfernt, ihr gegenüber gleichgültig zu bleiben, ist es vielmehr seine Pflicht, sie mit aller Energie anzupacken. Wir brauchen nicht zu betonen, daß Niemand direkter unter diesem allgemeinen Elend leidet, als der Arbeiterstand. Es handelt sich für uns noch weiter um das höhere, wichtigere Interesse der Wahrheit und Freiheit.

Der naturgemäße Verfolger für den gesellschaftlichen Menschen ist, was die zum Lebensunterhalt notwendigen Mittel betrifft, die Gemeinde. Ihre Glieder haben nicht bloß das Recht, die Nahrung unverfälscht, sondern ebenso sehr das Recht, sie billig zu beziehen, d. h. zu einem normalen laufenden Preis. Was haben die Gemeinden bis jetzt in dieser Beziehung gethan? Außer zeitweiliger nichtssagender polizeilicher Controle gar nichts. Was könnten sie thun? Sehr viel, ja fast Alles. Hier fällt uns der Vorschlag ein, den Vorfälle in seiner Solinger Rede gemacht hat, wo er vom Einfluß des Annoncen-Wesens auf die Zeitungen spricht. Er sagt, was wäre einfacher, berechtigter und besser, als wenn die Gemeinde das Annoncenwesen in die Hand nehmen würde und er hat darin vollkommenes Recht. Was hinderte eine Gemeinde-Vertretung, welcher das Wohl ihrer Glieder am Herzen liegt, mit einer Association von Sechern und Buchdruckern einen freien Vertrag abzuschließen, nöthigenfalls denselben das nöthige Kapital vorzuschießen, um durch eine irgendwie organisirte Zeitung sämtliche Publicitäts-Interessen der Gemeindeglieder zu befürdern? Was könnte die Gemeinde in zweiter Linie hindern, den Vertrag mit allen Garantien für eine billige und gute Ausführung anzuhalten? Wären nicht tausend Hände jeden Augenblick bereit, sich diesem Gemeindebienste zu unterziehen? Nun, was von dem Annoncenwesen gilt, gilt in noch viel höheren Grade von der Nahrung, von den Lebensmitteln. Wie, wenn die Gemeinde heute eine Produktiv-Association der Bäcker, eine Produktiv-Association der Metzger, eine Produktiv-Association der Gemüße- und Obstzüchter ins Leben rief, in größeren Gemeinden mehrere? Wer würde dabei gewinnen? Sämtliche Glieder der Gemeinde. Wer würde dabei verlieren? Ein paar reichgewordene Meister und dieses ganze Heer von Zwischenhändlern, die hauptsächlich zum Betragen geneigt sind und deren ganze Kunst darin besteht, um 10 Pfennig zu verkaufen, was 5 gekostet hat. Nichts wäre leichter, als diese Verträge mit lauter freien Arbeitern so einzurichten, daß alle Garantie für Gesundheit, Billigkeit, Ordnung, Sicherheit u. s. f. ein für allemal gewährleistet wäre. Denke man sich ferner neben diesen Associationen freier Bürger, Hand in Hand mit ihrer Thätigkeit, eine sich täglich weiter entwickelnde Statistik der Gemeinbedürfnisse, denke man sich alle Dunkelheit, alles Vertuschen, alles Heimlichhalten aus diesen Umfahrungen verbannt, eine ganze, volle öffentliche Controle über diese der Gemeinde dienenden Körperlichkeiten ausgebaut, und es ist nicht zu sanguinisch, nein, es ist einfach sonnenklar, daß für Betrug, Fälschung, Ueberschneidung auf solchem Boden kein Gedeihen mehr ist; es ist schlechthin unmöglich, daß die Arbeiter des einen Zweiges die des andern und damit sich selbst hintergehen könnten. Alle diese Corporationen sind demokratisch organisiert, sie wählen sich ihre eigenen Leiter und Vorsteher; sie wählen natürlich auch Mitglieder der Gemeinde-Vertretung und sorgen hiermit in ihrem eigenen Interesse für vollständige Controle und Oeffentlichkeit.

„In dem von Leipzig aus ins Leben gerufenen „Verein gegen Verfälschung von Lebensmitteln“ gefellen sich gewiß viele wohlmeinende Bürger. Ihr erster Schritt, wenn überhaupt etwas erreicht werden soll, muß sein, alle Halbheit bei Seite zu lassen und die ganze Frage als das hinzustellen, was sie in Wahrheit ist, als eine sozial-politische Frage ersten Ranges. Es gehört wahrlich kein großer Scharfsinn dazu, einzusehen, daß sich hier in dieser geringfügigen Frage ein Stück künftiger gesellschaftlicher Organisation mit der Macht geschichtlicher Nothwendigkeit in den Vordergrund drängt; die Stimmung, die Verhältnisse sind gegeben, die Idee liegt am Boden, man braucht sie nur aufzunehmen und zu realisiren.

„Ueber die Lebensmittelfrage existirt bereits eine kleine Bibliothek, tagtäglich erscheinen neue Broschüren und Flugblätter. Die, welche uns zu Gesicht kamen, sind alle nach folgendem Recepte gemacht: Erzählung detaillirter, haarsträubender Fälle und zum Beschluß strafrechtliche Vorschläge. Wer wissen will, welche Summe von Unredlichkeit, Betrug, Schmutz und Verbre-

chen an unseren gesellschaftlichen Transaktionen haftet, der lese sie; wer aber Rettung sucht aus diesem Pfahl von Gemeinheit, der lasse sie ungelesen. Wenn das Strafrecht die Menschen besser machen könnte, wüßten wir längst lauter Engel sein.

„Unser Vorschlag in der Lebensmittelfrage ist also:

1. Produktiv-Associationen von Gemeinde wegen.
2. Statistik der Lebensmittelbedürfnisse von Gemeinde wegen.
3. Kaufmännische, technische, sanitäre Controle von Gemeinde wegen.

„Diese drei Punkte, deren Organisation innerlich aufs engste mit einander verknüpft ist, lassen sich in gefunden und nachhaltigen Anfängen schon heute ins Leben rufen. Ueberall, wo das Wahlrecht dem Volke selbst Sitz und Stimme in seinen Gemeinde-Angelegenheiten gewährt, sollten diese Punkte sofort in Anregung gebracht und mit aller Macht auf deren Verwirklichung hingearbeitet werden.

„Wir begnügen uns mit diesen kurzen Andeutungen. Wir unterlassen es absichtlich, sie weiter auszuführen. Wer volkswirtschaftlich denken kann, wird leicht erkennen, daß noch ganz andere, immer weiter greifende Fragen sich anreihen, daß mit einem Wort hier, in der alle Schichten der Gesellschaft so sehr berührenden Lebensmittelfrage, ein fester Anhaltspunkt gewonnen werden könnte, um von ihm aus die gesammten Produktionsverhältnisse der Gesellschaft total umzugestalten und aus Proletariatschaaren freie Arbeiter zu machen.“

Aus Frankreich.

Einem der Redakteure des „Vorwärts“ ist folgender Brief in französischer Sprache zur Veröffentlichung zugegangen: Paris, den 9. Oktober 1877.

Bürger!

Ich weiß, welchen Antheil Sie an der Entwicklung der sozialistischen Prinzipien nehmen und welchen Werth Sie auf die Organisation der Arbeiter und auf jede Kundgebung des wahrhaft revolutionären Gedankens legen.

Sie haben unzweifelhaft das Programm-Manifest der republikanisch-sozialistischen Demokratie der Seine an die republikanischen Wähler Frankreichs gelesen, welches vor kurzem anlässlich der neuen Wahlen zum gesetzgebenden Körper veröffentlicht wurde.

Meine Freunde und ich hatten bei Abfassung und Unterzeichnung dieses Manifests den Friede im Auge, dem Standpunkt des Rechts und der Gerechtigkeit, so wie wir sie verstehen, Ausdruck zu geben. Wir wollen das Haupt nicht beugen inmitten der allgemeinen Erschlaffung des Charakters. Wir wollen nicht mit den Bourgeois paktiren, denen die ersten Begriffe der Revolution fremd sind; mit den Bourgeois, welche in ihren öffentlichen Versammlungen die Pfaffen angreifen, und ihren gesetzgebenden Körpern das Geld für den Unterhalt der Pfaffen bewilligen; mit den Bourgeois, welche die soziale Frage leugnen.

Wir treten entgegen und werden stets entgegengetreten jener Masse von Ausbeutern, die aus der Republik ein abgetragenes Kleid machen, das sie verschachern wollen (une guenille à vendre), und die sich einbilden, die Freiheit sei „begründet“, weil sie den Bauch voll haben.

Wir haben darum, in Ausübung unseres Rechts und in Erfüllung unserer Pflicht, scharf, ohne Uebertreibung und ohne Schwäche, die Forderungen des Proletariats formulirt. Das Volk ist mit uns — wir wissen es und erklären es laut. In den zahlreichen von uns veranstalteten Versammlungen hat unser Programm-Manifest durchweg die günstigste Aufnahme gefunden (à partout été acclamé). Und es konnte nicht anders sein, denn wir sind selbst Volk und wir können im sozialen Leben nichts anderes sehen als das Volk.

Die Reaktion gerieth in Bewegung (s'est émue), als sie uns reden hörte. Sie fühlte, daß wir allein stark und gefährlich sind, weil wir allein wissen, was wir wollen und wie wir es wollen — bei den Politikern ein sehr seltenes Ding.

Die pfäffische, bonapartistische, royalistische Reaktion ist über uns hergefallen. Sie will aus dem Sozialismus ein Schreckgespenst machen. In ihrer Thorheit begreift sie nicht, daß sie selber unsere Ideen verbreitet. Sie vergißt, daß Tausende von Lesern, wenn sie ihre Zeitungen durchfliegen und darin unser Programm-Manifest finden, sich von der Richtigkeit ihrer Lehren überzeugen und für die Revolution gewonnen werden.

Der „Moniteur des Communes“ („Moniteur der Gemeinden“), ein amtliches Regierungsorgan, welches auf Befehl öffentlich an-

beschränktem Verstande sein, daß er nicht eingesehen haben sollte, wie Alles, was er an Wander bestraft wissen will, nicht Wander's, sondern sein, Stieber's eigenes Eigenthum ist. Es ist aber nicht erlaubt, einem ehrlichen Manne hinterträts einen fremden silbernenöffel in die Tasche zu stecken, um ihn dann als Dieb behandeln zu können. Und doch ist Stieber's Verfahren in Bezug auf Gedanken-eigenthum ganz dasselbe; wo er bei Wander eine offene Tasche findet, schiebt er ihm Stieber'sche Gedanken hinein.

Wander's Rede ging dem Concept zufolge hienach auf Schloßel über.

Wie oben bemerkt ist, wollte Schloßel wegen der von einigen Vereinsmitgliedern gegen ihn geübten Kritik und wegen des deshalb an ihn erlassenen Schreibens des hiesigen Polizeidirektors nicht ferner in den Versammlungen erscheinen. Wander wollte sein Bedauern darüber aussprechen, da aber Schloßel dennoch erschien, so wurde der größte Theil der deshalb concipirten Stelle gar nicht vorgetragen. Soweit sie nicht vorgetragen ist, kann sie auch nicht Gegenstand einer Anschulldigung sein. Gedanken sind tollfrei, nur Aeußerungen unterliegen dem Strafgesez. Gedanken, solange sie nicht geäußert, nicht einem Andern mitgetheilt werden, bleiben Gedanken, auch wenn sie durch Schriftzüge fixirt sind.

Wander hat aber nicht nöthig, sich zu scheuen, diese Gedanken vor Gericht gestellt zu sehen. Er wollte sagen: Schloßel fehle heute aus inneren Gründen, während er in der letzten Versammlung aus äußeren gefehlt. Schloßel fähle sich durch die gegen ihn geübte Censur in der Redefreiheit beschränkt. Sein Ausschreiben würde aber für den jungen Verein als ein Verlust zu bedauern sein; man habe keinen zweiten, wie ihn. Zwar stimme er mit Schloßel nicht völlig überein weder nach Gedankeninhalt noch nach Ausdrucksform; insofern wäre Schloßel ein edler Charakter. Da er immer das Beste wolle, so könne er auch keine Furcht und habe nur „den Fehler“ — wenn es einer wäre — „das laut zu denken, was Hunderttausende im Herzen bewegen und sich in's Ohr raunen“. Die Freiheit der Rede sei übrigens ein Kleinod, das sich der Verein bewahren möge; denn, wie dem Fisch das Wasser, so sei einem Verein von freien Männern das freie Wort.

(Fortsetzung folgt.)

geschlagen wird, hat unser sozialistisches Programm abgedruckt, mit einem für uns in der Form beleidigenden Commentar, der sich in die Worte zusammenfassen läßt:

„Franzosen, seht: es ist wirklich der allgemeine Umsturz, den diese Leute erstreben!“

Ich kann versichern: unzählige Bürger, welche von ihrer Arbeit leben, haben, wenn sie von unserem Programm Kenntnis erhielten, von uns gesagt: „Diese Republikaner, diese Leute haben Recht!“

Die Angriffe der Pfaffen und verschiedener Trümmer der alten, bankrotten Parteien haben uns nicht in Erstaunen versetzt. Der freie Mann kann nicht den Beifall des Sklaven erwerben. Aber neben der pfaffischen, bonapartistischen und royalistischen Reaktion giebt es, wie Sie, Bürger, wohl wissen, noch eine Reaktion, ein anderes Hemmnis der konsequenten Anwendung und Durchführung der revolutionären Prinzipien. Diese Reaktion vierten Rangs, dieses unreine Hemmnis hat einen Namen: es nennt sich Opportunismus (praktische Rührigkeit).

Der Opportunismus wurde am 4. September 1870 geboren, und seitdem ist er beständig gewachsen und „immer schöner“ geworden. Doch nein, ich täusche mich. Der Opportunismus ist alt wie die Welt und wie die Geschichte. Er präsidiert regelmäßig dem Verfall der Völker.

Das Programm-Manifest der sozialistischen Demokratie von Paris war für die Opportunisten, für Gambetta, den Hohenpriester dieses neuen Glaubens, ein wahrer Keulenschlag.

Wir haben ihre Blöße aufgedeckt; wir haben die Masken abgerissen, dem Volk mit dem Finger ihre Trugklässe, ihre Fehler, ihre Widersprüche gezeigt, und das Volk — ich wiederhole es — hat in die Hände geklatscht.

Indes, so streng wir auch gegen die gemäßigten Republikaner sind, so sind wir doch stets gerecht. Wir bekämpfen sie, das ist wahr, aber ehrlich, mit Anstand. Wir lassen alle gefährlichen Persönlichkeiten beiseite und halten uns einfach an die Prinzipien, welche uns falsch erscheinen. Wir setzen uns über die Individuen hinweg. Wir zielen höher.

Raive, die wir sind!

Zum Dank für unsere Loyalität in dem Kampf empfangen wir nichts als namenlose Beschimpfungen, infame Verleumdungen. Nicht genug, uns zu beleidigen, uns anzulügen, uns zu denunzieren, streuen die Opportunisten aus, wir möchten wohl der Polizei angehören. Wir sind „Unbekannte“, „verdächtige Menschen“, „Bariats“, die zu schwachen haben.

Führt der opportunistische Schreiber irgend ein Argument in's Feld gegen unsere unüberleglichen Theorien? Argumente! Vernunftgründe! Woher? Und die Verleumdung ist eine so mächtige Waffe.

„Macht sie Alle schwärzer als die Hölle!“ sagt Bafille in der unsterblichen Komödie des Beaumarchais.

Wir, die so schmächtig, so unablässig Verleumdeten, wir haben ein Recht zu fragen, ob diese infame Maxime nicht die unserer Gegner ist.

Aber sie mögen sich hüten! Wir haben hinter uns die gewaltige Legion der Leidenden, der kleinen Leute, der Ruthigen, die Nachfolger des Spartakus.

Wir gehen unbeirrt auf unser Ziel los. Weder die Beschimpfungen noch die Spöttereien engherziger Gegner vermögen uns um eines Haars Breite von unserer Bahn abzubringen. Wenn wir die Verdauung einiger Emporkömmlinge stören, um so schlimmer für sie.

Wir haben die Ueberzeugung, die auf festen Voraussetzungen ruhende Ueberzeugung, daß die Opportunisten so gut wie die Anderen und sogar vor den Anderen gezwungen sein werden, sich den Prinzipien der sozialen Republik mit ihren unabwendbaren Konsequenzen zu unterwerfen.

Wir wissen es, und darum erreichen die niederträchtigen Verleumdungen der Reaktionäre aller Kategorien auch nicht den millionsten Theil unserer Verachtung.

Sie sehen es, Bürger Redakteur, wir sind entschlossen, alle Feinde der vollständigen und gründlichen Emanzipation des Individuums bis auf's Äußerste zu bekämpfen.

Mögen sie noch so sehr schreien — die Wogen der Revolution tragen sie fort, und das Programm-Manifest der sozialistischen Demokratie von Paris wird seinen Weg machen.

Ganz der Ihrige in der gerechten Sache Hippolyte Buffenoir.

— Zum Kapitel der Bierverfälschung. Ein Berliner Agent bewarbt sich bei einer Brauerei in Culmbach um deren Vertretung in Berlin. Der Agent erhielt darauf auf sein Ersuchen folgende für die Berliner Bierverhältnisse sehr bezeichnende Antwort: „Zu unserem Bedauern können wir vor der Hand auf einen Absatz unseres Gebrauds in Berlin nicht rechnen, da wir bei der notorisch betriebenen Verfälschung des Culmbacher Bieres in Berlin, welches in Flaschen dort billiger verkauft wird, als wir dasselbe hier in Gebinden abgeben, lieber auf einen Umsatz dort verzichten. Erst wenn diese Bierverfälschung ihre Endschacht erreicht hat, wollen wir gern unser Gebraud dort an den Markt bringen.“ Wann diese Endschacht der Verfälschung des Bieres und der anderen Lebensmittel eintreten wird, darüber könnte vielleicht das Reichsgesundheitsamt ungefähre Auskunft geben; allein dasselbe scheint das sahe Richtstadium einer energischen Thätigkeit vorzuziehen.

— Ein englischer Sparamkeitssapient. Aus Anlaß der entsetzlichen Hungersnoth in Indien hat Lord Salisbury den trefflichen Einsatz gehabt, unseren guten Schatzgelehrten zu copiren; er rief in einer solennen Rede in Westminister, die in Indien infolge der anhaltenden bodenverzehrenden Dürre von Hunger Bedrängten möchten in Zeiten der Nothbarkeit sparen, damit es ihnen in Zeiten der Noth nicht fehle! Wahrlich, unser Correspondent in London hat mit Recht England in seinen Mittheilungen „Heuschreckland“ genannt, womit wir nicht sagen wollen, daß die herrschenden Klassen nicht auch anderwärts eine Menge Heuschrecken im Stile jener englischen Lords unter den Thürlungen hätten! Geldausgaben, so meint der edle Lord, durch eine der Hungersnoth entgegenzusetzende Staatshilfe zu machen, sei ganz unnütz! Ob ihm die Forderung der Staatshilfe etwa zu sozialistisch klingt?

— Sonderbar! sehr sonderbar! Birchom bekämpft die Berechtigung der Entwicklungs- und Abstammungstheorie Darwin's als Lehrgesetz und empfiehlt Religionsunterricht für das noch „unreife Volk“ als weniger gefährlich; jetzt wird in Berlin der von der Dährling-Affäre noch berühmte, als er schon war, geworbene Helmholz zum Rector magnificus gewählt und hielt eine Rede über — nun über Freiheit der Wissenschaft auf deutschen im Gegensatz zu ausländischen Universitäten, nachdem er mit jener Dährling-Affäre Gelegenheit von der öffentlichen Meinung in einer nicht weniger als schmeichelehaften Weise in Verbindung gebracht worden ist! Der pflichtschuldigste Lobgesang von der Freiheit der Wissenschaft an der Berliner Universität ergoß sich als ein lustig plätschernder breiter Strom. Die Behandlung dieses Themas aus diesem Grunde muß wirklich auf die Hörer mindestens ebenso komisch gewirkt haben, wie die Notiz des abtretenden Rectors Professor Wardenburg, daß die Redungen der Rufenstöße mit den — „Nachwächern“, ein unausdrücklicher Beifall unserer akademischen Jugendherrlichkeit! seien! Wären zwei sehr interessante und prächtige Reden gewesen sein!

Sozialpolitische Uebersicht.

— Wir haben wieder ein bißchen „Kanzlerkrise“ und „Ministerkrise“. Er fühlte sich und seine „Nerven“ noch lange nicht genügend restaurirt, und die famose „Saubere“ auf wirtschaftlichem Gebiet hat sich noch nicht in Scene setzen lassen. Es spukt von indirekten Steuern aller Art, und die Nationalen erklären sich im Voraus zur Annahme aller möglichen Zugeständnisse und zur Apporportion aller möglichen Gesetze bereit. Der Handelsminister Achenbach, dem der Bazariner Wind nicht recht gefiel, wollte abdanken, hat sich jedoch eines Andern bemächtigt — und bleibt bis auf Weiteres — das Amt ist süß. Etwas ernsthafter war der alte Graf Calenberg. Derselbe hat richtig seine Demission eingereicht; sie wurde jedoch vom Kaiser nicht angenommen, der dem armen Kinde schief-Säbel-haut-Mann bloß „Urlaub“ ertheilt hat. Nun, auf den Namen kommt es nicht an, und todt ist todt. Wie's mit dem anderen „Beurlaubten“ werden wird, bleibt abzuwarten.

— 5jährige Legislaturperiode! Die alle drei Jahre wiederkehrende Wahl zum Reichstag erlangte bekanntermaßen Gesetzeskraft auf die Fürsprache Bismarck's, der sie als Compromißvorschlag beantragte, zwischen der verlangten Dauer der Legislaturperiode von 2, wie liberale Abgeordnete, von 4 und 5 Jahren, wie die Conservativen forderten. Wenn nun neuerdings wieder in liberalen und conservativen Kreisen angesichts des fröhlichen „Rückgangs“ der Sozialdemokratie der Wunsch nach 5jähriger Pause zwischen je 2 Reichstagswahlen laut wird, so nimmt uns dies keineswegs Wunder: der Liberalismus und Fortschritt und was drum und dran hängt sehen eben sonst kein Heil vor dem Wackelthum der wahren Volkspartei, der Sozialdemokratie, — sie müßten denn unsere Prinzipien, die die Vernünftigen unter ihnen anerkennen müssen, auch voll und ganz zu den ihrigen machen.

— „Das Pressewesen in Deutschland.“ („Vorwärts“ Nr. 120.) Eine Pforzheimer Correspondenz in der „Deutschen Reichs-Post“ beschäftigt sich mit dem Eingehen des sozialdemokratischen „Genossenschafters“ und seines Gegners, des „Fortschritts“. Am Schluß der Correspondenz heißt es: „Ist so der „Fortschritt“ an der allgemeinen Gefinnungslosigkeit zu Grunde gegangen, so wurde der „Genossenschaftler“ lediglich das Opfer der Krisis. Wäre dem „Fortschritt“ nur die Hälfte der moralischen Unterstützung zu Theil geworden, die der „Genossenschaftler“ bei seinen Parteigenossen fand, so würde er heute die Situation beherrschen. Einander fühlte sich frei von jedem Vorurtheil für die Sozialdemokratie; aber ihm scheint doch, es verbiete einige Anerkennung, daß arme Arbeiter mit Aufbietung ihrer letzten Kräfte ihr Parteiblatt eben so lange zu halten vermochten, als reiche Fabrikanten das ihrige; ihm scheint doch, daß der Bankrott eines Unternehmens wegen positiver Armuth etwas ganz anderes sei, als ein Bankrott wegen Mangel an moralischen und intellektuellen Fonds. Das Weitere dürfte die Zukunft lehren.“

Eingedenk der Worte des seligen David Hansemann: „Bei Geldfragen hört die Gemüthlichkeit auf“, erstreckt sich die Liberalität unserer Liberalen nicht bis auf den Geldbeutel. Und was die „moralischen und intellektuellen Fonds“ anbelangt, nun — Hinte, Säbel und Laster-Katzen sind der Ersatz für die selben! — Eine spätere Correspondenz bezeichnet die Mittheilung von dem Eingehen des „Genossenschafters“ als „unrichtig oder mindestens verfehlt“. In Wirklichkeit soll es sich nach dieser Correspondenz nur um eine Verschmelzung mit dem „Pionier“ handeln. . . . Und immerhin stellt die Sachlage der Ueberzeugungstrennung der Arbeiter ein ganz anderes Zeugnis aus, als das jämmerliche Aufheben des „Fortschritts“ den Herren Fabrikanten, die ihn seiner Zeit mit so großen Vorzügen ins Leben riefen.“ — Das läßt sich die überaus christlich-conservative „Deutsche Reichs-Post“ schreiben!

— Zwanzig heissen-darmstädtische Abgeordnete der zweiten Kammer haben in der Sitzung vom 13. Oktober folgende Fragen an das Finanzministerium von Hessen-Darmstadt gerichtet: 1) Ist es richtig, daß sich in der Staatschulden-Tilgungskasse Kassendefekte gefunden haben und von welchem Belang sind dieselben? 2) Können dieselben aus vorhandenen Cautions- und Vermögensbeständen der Schuldigen völlig gedeckt werden? 3) Wie war es möglich, daß solche Veruntreinungen lange Zeit unentdeckt bleiben konnten? 4) Welche Controleinrichtungen waren und sind zur Sicherung der richtigen Geschäftsführung bei der Staatschulden-Tilgungskasse und der Hauptstaatskasse vorhanden? 5) Wann hat die letzte Revision in diesen beiden Kassen stattgefunden und ist eventuell der Controleur mit verantwortlich? 6) Welche Maßnahmen hat Großh. Regierung ergriffen oder denkt sie zu ergreifen, um eine wirksamere und sichere Controle über das Kassengeschäft zu üben? — Aus obigen Fragen geht hervor, daß es sich um einen Diebstahl von Staatsgeldern handelt, einen Diebstahl, verübt von „großen Dieben“. Wir wissen bis heute nicht, welche Antwort der Finanzminister auf die obigen Fragen ertheilt hat und ebenso wenig, wie hoch sich die Summe beläuft, um welche es sich handelt. Geringfügig wird sie nicht sein, denn die „großen Diebe“ lassen sich auf Lumpereien nicht ein. Das Wieviel thut hier aber auch gar nichts zur Sache — uns genügt es, abermals zeigen zu können, daß in der heutigen Gesellschaft alles zu thun möglich ist, was auf Schlechtigkeit und Niedertracht Anspruch erheben kann. Nicht genug, daß im wirtschaftlichen Verkehr Diebstahl und Betrug in Permanenz bestehen, wie die zahlreichen gaunerischen Gründungen und die zahllosen Verfälschungen von Lebensmittelartikeln beweisen — die Diebe en gros haben sich nun auch, wie aus obigem und anderen Fällen hervorgeht, in die Staatsämter festgesetzt. Wahrlich, eine solche Gesellschaft ist werth, daß sie durch eine andere und bessere ersetzt wird und zwar je eher je besser.

— Ratheser-sozialistisches. Auf dem Congreß der Ratheser-sozialisten brachte der Professor Gneist einen Toast aus, in dem er aufforderte zur Einigung gegen die beiden Feinde: Schutzgelder und Sozialisten. Die Mißfallensbezeugungen der Versammlung veranlaßten darauf den alten Professor Held, einen Trinkspruch auszubringen auf alle Parteien, da sie gemeinsam das Wohl des Staates im Auge hätten! Ein seltenes Zugeständniß, von dem wir aber, soweit die Sozialdemokratie in Betracht kommt, nichts desto weniger mit Vergnügen Akt nehmen.

— Wie herrlich weit wir es gebracht beweist der Anlauf eines neuen Schicksals, welchen das Krupp'sche Establishement bei der Stadt Meppen nahe der westphälischen Bahn erworben hat. Derselbe erstreckt sich von der Station Klerberg bis zur Station Lathern und hat eine Länge von nur 17 Kilometern, dort werden die 35½, 40 und 46 Centimeter-Geschosse

10,000 Meter, d. h. ziemlich anderthalbe Meile weit geschleudert! Dafür sind wir aber die große Nation! — Es haben Verstellungen gemacht Türken und Russen, letztere nach Berliner Blättern neuerdings 1050 Stück mit dreimonatlicher Lieferungsfrist, da die russischen Geschütze sehr wenig taugen sollen.

— Doppelt bezeichnend. Das Schwurgericht der Großherzoglich hessischen Provinz Oberhessen hat sich am 8., 9. und 10. Oktober mit einem Fall beschäftigt, der in doppelter Beziehung jedem Unbefangenen zeigen muß, wie es sich mit den vielgepriesenen modernen Einrichtungen verhält. Die neunzehnjährige Karoline Bopp aus Melbach und der vierundzwanzigjährige Georg Schutt aus Dorheim waren beschuldigt, in gemeinsamem Einverständnis den ledigen Heinrich Schutt, welcher der Ersteren Bräutigam, des Letzteren Bruder war, am Palmsonntag d. J. Gift gereicht und so denselben vorzüglich um's Leben gebracht zu haben. Beide Angeklagte wurden zum Tode verurtheilt. Einem Berichte der „D. R. P.“ über diesen Fall entnehmen wir folgende zwei bezeichnende Stellen:

„Vollst und Habacht, verbunden mit Abgestumptheit alles sittlichen Gefühls und jeder edleren menschlichen Regung erschienen als die Hauptmotive des abscheulichen Verbrechens. Schauererregend waren aber auch die Umstände, unter denen es begangen wurde, und geeignet zugleich, einen höchst traurigen Blick in die furchtbare Noth und sittliche Verkommenheit unter der ländlichen Bevölkerung unserer Tage thun zu lassen. Als hauptsächlich des Abgeschiedenen würdig erschien die noch so jugendliche Angeklagte. Mit scharfem Verstand und einem fast bewundernswürdigen Redefluß, aber auch mit einem ungewöhnlichen Trieb zur Vollst und Leichtfertigkeit in geschlechtlichen Dingen begabt, schaffte sie am Sonnabend vor der Charwoche unter einem solchen Namen Gift zur Ermordung ihres geistig wenig begabten und von ihr verachteten Bräutigams herbei, um dann mit dessen ihr besser gefallendem, leichtfertigerem rohem Bruder, mit dem sie schon vorher in sittlich höchst anstößigem Verhältniß lebte, eine Ehe einzugehen und mit ihm dessen väterliches Erbe — das nach Beseitigung des Bruders diesem allein zufiel — in Frieden zu genießen!“

„Für ein Christenherz ist bei Betrachtung aller mit der That zusammenhängenden Umstände noch besonders traurig, daß alles dies nach besuchtem Gottesdienste am Abend des Landestags und in der Charwoche geschah. Ein schreckliches Zeichen der Zeit!“

Unlängst fragten wir schon einmal, ob es denn in Anbetracht all der vielen durch das Erbredit begangenen Verbrechen denn so schlimm wäre, wenn dasselbe wirklich aufgehoben würde. Hier wieder ein schlagender Beweis von der Richtigkeit unserer Auffassung! „Daß alles dies nach besuchtem Gottesdienste am Abend des Landestags und in der Charwoche geschah“, das beweist den Werth alles dessen, was man heutzutage unter „Religion“ versteht. Widerspreche, wer kann!

— Das Resultat der französischen Wahlen ist ein negatives: keine der beiden Seiten hat gesiegt, keine eine Niederlage erlitten. Die „363“ sind nicht, wie Gambetta präherlich verkündete, „400“ geworden, sondern zu höchstens 320 zusammengeschrunken, haben indeß trotzdem noch die Majorität; und Mac Mahon hat über 40 Stimmen gewonnen, aber ist trotzdem noch in der Minorität. Selbst der langjähige der „363“ glaubt jetzt nicht mehr, daß Mac Mahon zurücktreten werde, und selbst der Kühnste der „363“ denkt jetzt nicht mehr, daß die Majorität den Rücktritt Mac Mahon's erzwingen könne. Und was Mac Mahon betrifft, so wird er natürlich nicht die Gefahr eines Staatsstreichs laufen, wenn er ohne Staatsstreich Alles erreichen kann, was er erreichen will. Und das kann er. Der Compromiß, den wir von Anfang an vorausgesehen, hängt schon an, Fleisch und Blut zu gewinnen. Die Männer des rechten und des linken Centrums, die sich durch Nichts unterscheiden, als durch die Marotte des einen Theils, sich republikanisch (mit Gänsefüßchen) zu nennen, werden bei erster Gelegenheit sich brüderlich in die Arme sinken und — Herr Gambetta ist vorläufig der „Geleitete“.

Ueber die Haltung der französischen, besonders der Pariser Arbeiter, die im Großen und Ganzen den Erwartungen unseres Correspondenten „Aus Frankreich“ entsprechen hat, werden wir in einer späteren Nummer noch Näheres bringen.

Einstweilen verweisen wir auf den Brief Buffenoir's in heutiger Nummer.

— Auf dem asiatischen Kriegsschauplatz eine große Schlacht, die allen bis jetzt vorliegenden Berichten nach zu Gunsten der Russen ausgefallen ist, auf dem europäischen Kriegsschauplatz die Aussicht auf mindestens eine „große Schlacht“, die, wenn sie stattfindet, jedenfalls ein großes Schlachten sein wird — das ist die Summe der neuesten Kriegsnachrichten. Man sieht, das relativ günstige Wetter, welches die letzten Tage gebracht haben, that und thut seine Wirkung. In russischen Blättern wird von einem Winterfeldzuge geredet — ob dem Willen das können entsprechen wird, ob überhaupt das Wollen vorhanden ist, das vermögen wir nicht zu entscheiden. Wenn wir bedenken, daß schon im Laufe dieses Monats die Schiffsbrücken über die Donau zweimal durch Sturm und Fluth so beschädigt wurden, daß man den Verkehr unterbrechen mußte, dann erscheint uns freilich das Können sehr problematisch. Inzwischen tauchen mit Hartnäckigkeit wieder Friedensgerüchte auf. Datsache ist, daß die Gesandten mehrerer „neutralen“ Mächte in Konstantinopel „gefaßt“ haben. Das dürfte aber auch Alles sein. Daß die Pforte, nach den errungenen Waffenerfolgen, sich nicht mit der einfachen Wiederherstellung des politischen status quo vor dem Krieg — von dem territorialen nicht zu reden — begnügen wird, versteht sich von selbst; und auf der anderen Seite ist gewiß, daß Rußland nicht so erschöpft ist, daß es, ohne Rücksicht auf sein gesunkenes Ansehen, den Frieden um jeden Preis suchen und annehmen müßte. — Sollte den Russen, die ohne Zweifel ein Interesse haben, möglichst rasch mit einigem Anstand aus der Affäre zu kommen, — sollte ihnen in Europa ein ähnlicher Erfolg gelingen, wie er ihnen in Asien gelungen zu sein scheint, dann würden die Friedensgerüchte allerdings eine ernsthaftere Unterlage erlangen. Vorher sind es müßige Rannegeschreien.

— Neuer Sieg. Bei der am 17. Oktober im 36. ländlichen Wahlkreise stattgehabten Wahl zum sächsischen Landtage erhielt der Candidat der Sozialdemokratie, Advokat D. Freitag aus Leipzig, 887 Stimmen, der Candidat der Conservativen, Zumpke, 447 und der Candidat der Nationalliberalen, Böckel, 448 Stimmen. Das Ergebnis der Wahl aus fünf Ortschaften steht zwar noch aus, an dem Gesamtwahlergebnis wird dadurch aber nicht nur nichts geändert, im Gegentheil, es ist sehr wahrscheinlich, daß Freitag mit absoluter Majorität (bestimmend bedarf es nur der relativen Majorität) gewählt wird. So

Schreitet die Sozialdemokratie in ihrem Siegeslauf unaufhaltsam vorwärts, bis sie dahin gelangt ist, wohin sie zu gelangen strebt.

Dank den braven Wählern des Stollberger Landkreises: sie haben auf die Ungültigkeitserklärung der Wahl Diebstahls die einzig richtige Antwort gegeben.

Die Thür zum sächsischen Landtag steht jetzt der Sozialdemokratie offen!

(Definitives Resultat: Freitag 902, Samstags 508, Sonntag 474 Stimmen.)

Das von uns veröffentlichte Erkenntnis des preussischen Obertribunals in dem Hinte-schieß-Säbel-haut-Prozess enthält u. A. folgenden Passus:

„Der Umstand, daß die Anklage nicht gegen die Redakteure der „Berliner Freien Presse“ gerichtet worden ist, entzog den Instanzrichtern die Prüfung, ob diese Redakteure dadurch, daß sie ihrem Blatte eine Beilage hinzugefügt haben, welche nicht ihre Namen als die der verantwortlichen Redakteure trägt, sich gegen die Ordnung der Presse vergangen haben (§§ 7 und 18 Nr. 2 des Pressegesetzes vom 7. Mai 1874), oder ob sie durch selbständige Veröffentlichung einer Druckschrift strafbaren Inhalts sich einer selbständigen Straftat schuldig gemacht haben, sowie die fernere Prüfung, ob der Angeklagte Diebstahl wegen Beihilfe zu diesem Vergehen hinlänglich belastet und aus diesem Grunde ein Gerichtsstand in Berlin gegen ihn begründet sei.“

Aus diesem Passus, auf dem wir zurückkommen werden, haben fortschrittliche Blätter den Schluß gezogen, das Obertribunal habe festgestellt, daß die Redaktion der „Berliner Freien Presse“ für den Inhalt der Beilage „Neue Welt“ verantwortlich, und, im Fall eines Vergehens, der Redakteur der letzteren wegen Beihilfe in Berlin angeklagt werden könne. Man braucht nur die gesperrten Worte zu betrachten, um sich davon zu überzeugen, daß das Obertribunal nichts derartiges festgestellt hat. Sollte Herr Tessenborn es gelegentlich auf eine „Prüfung“ ankommen lassen, und sollten die Instanzen in obigem Sinne entscheiden, so wäre ein neuer interessanter Beitrag zu dem Thema: Justiz, Pressefreiheit und gesunder Menschenverstand geliefert und — viel Lärm um Nichts gemacht, denn eine möglichst einfache Formalität würde genügen, um die Zeitungen, welche als Beilagen verwandt werden, vor Tessenborn'scher Liebesbrunst zu bewahren.

Die Nummer 19 des „Arbeiterfreund“ in Reichenberg in Böhmen ist in seiner ersten Auflage wieder einmal konfisziert worden. Anlaß dazu war ein Leitartikel: „Der Sozialisten-Congress in Gent“ und ein Artikel in der sozialpolitischen Rundschau: „Zur Vereins- und Versammlungsfreiheit.“ — Auch die erste Auflage der Nummer 2 unseres Wiener Parteiblattes „Der Sozialist“ ist wegen des Artikels „Wochenchau“ von der Staatsanwaltschaft mit Beschlagnahme belegt.

Correspondenzen.

Hamburg. In einer am Dienstag den 9. Oktober stattgehabten geschlossenen Sozialistenversammlung wurde beschlossen, die Genossen Kälbel und Geib als Candidaten für die demnächst stattfindenden Bürgerstimmwahlen aufzustellen. Von 42 Wahlbezirken, die 84 Abgeordnete zu der „Bürgerchaft“ zu stellen haben, finden in 21 Bezirken Neuwahlen statt und werden Kälbel und Geib in den geeigneten von diesen 21 Bezirken candidiren.

Frankfurt a. M., 7. Oktober. (Agitationsbericht.) Laut Beschluß des letzten Gothaer Sozialisten-Congresses, die Niederlausitz mehr den je mit Agitation zu versehen, reiste Genosse F. Klute von seinem früheren Agitations-Bezirk Thüringen nach hier, um von hier aus die Agitation in die Hand zu nehmen. Derselbe trat am 27. Juli hier ein und sprach bereits am 28. Juli über „die Geschäftsleitung, ihre Umlage, Wirkungen und Abhilfe“. Am 10. August „Ueber das wirtschaftliche Programm des Sozialismus und seine Stellung zum Eigentum und Erbrecht“. Am 18. August referirten die Genossen F. Klute und H. Schmidt über nachstehende Punkte: 1. Sonntags- und Nacharbeit und die Arbeitslosen; 2. Frauen- und Kinderarbeit in den Fabriken; 3. die unerhörten Lohnabzüge mehrerer hiesiger Fabrikanten. Am 15. September über „Unsere Schulen“. In dieser Versammlung hatten wir die Frauen eingeladen und konnten dieselben auch ungehindert an derselben teilnehmen. Am 29. September tagte abermals eine stark besuchte Volksversammlung mit der Tagesordnung: „Die Stellung der Frauen zum heutigen Staat und zum Sozialismus“. In dieser Versammlung wurden die Frauen ganz besonders eingeladen, und waren dieselben auch zahlreich erschienen. Genosse Klute entlegte sich seiner Aufgabe zur vollen Zufriedenheit aller Anwesenden. Genosse Schmidt forderte hierauf zum zahlreichen Abonnement auf die Arbeiterpresse auf, wodurch dem Sozialismus am ehesten Anhänger zuzuführen seien. So erfreulich auch der Erfolg unserer Agitation ist, desto bedenklicher bliden die hiesigen Arbeiter dem heranrückenden Winter entgegen. Die Arbeitslosigkeit ist so groß, daß schon hunderte von jungen kräftigen Arbeitern den Ort verlassen mußten und hunderte wieder haben in ihrer Verzweiflung irgend einen andern Verus ergriffen. Die Tuchfabrikation, der hiesige Haupterwerbszweig, liegt so darnieder, daß die Arbeiter immer zu 6, 8 und 10 Mann aus ihrer Arbeit entlassen werden. Wenn sich die Dinge so fort gestalten, haben wir das gräßlichste Elend bei dem heranrückenden Winter zu befürchten. Doch die Genossen dürfen deshalb nicht zurückschlagen, sondern mühtig weiter kämpfen, damit baldigt an Stelle der heutigen Gesellschaft eine bessere trete. Vor allen Dingen sorge jeder dafür, daß der „Vorwärts“ einen immer größeren Leserkreis gewinnt, um dadurch immer mehr Licht unter die Massen zu bringen.

A. Birowsky.

Frankfurt a. M., 15. Oktober. Infolge eines Rencontre zwischen der Polizeiverwaltung zu Finsterwalde und mir betriebs des § 8 des preussischen Vereins- und Versammlungsgesetzes, bezüglich der Teilnahme der Frauen an öffentlichen Versammlungen, hat die königl. Regierung zu Frankfurt a. M. auf meine Beschwerde wider die gedachte Polizeiverwaltung entgegen der „Rechts“-Anschauung der Letzteren entschieden. Ich veröffentliche hiermit den Beschluß der Regierung deshalb, weil vielfach preussische Polizeibeamte den Frauen die Teilnahme an öffentlichen Versammlungen untersagen. Die Verfügung lautet:

„Frankfurt a. M., den 24. September 1877.

Auf die Eingabe vom 20. v. Mts. eröffnen wir Ihnen, daß der Ausschluß von Frauenpersonen von Volksversammlungen gesetzlich nicht gerechtfertigt ist, und daß wir deshalb die Polizeiverwaltung zu Finsterwalde angewiesen haben, Frauenpersonen nur im Fall des § 8 des Gesetzes vom 11. März 1850 über die Verhütung eines die öffentliche Freiheit und Ordnung ge-

fährdenden Mißbrauchs des Versammlungs- und Vereinigungsrechts den Zutritt zu Versammlungen zu verweigern.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Staber.“

Zweimal hat die Polizeiverwaltung zu Finsterwalde den Frauen die Teilnahme an öffentlichen Versammlungen untersagt; diese wurden also in ihren staatsbürgerlichen Rechten beeinträchtigt. Wehe den Sozialisten, wenn sie das Vereins- und Versammlungsgesetz übertreten. — Obige Polizeiverwaltung ist angewiesen, künftig anders wie bisher zu verfahren; diese „Anweisung“ ist ja „Strafe“ genug.

Stettin, 8. Oktober. Mit Bezugnahme auf die kaum glaubliche Verfolgungswuth seitens der reaktionären Masse, speziell des sogenannten Staatsdienertums im Saarbrücker Bezirk, gestatten Sie mir Nachstehendes zu berichten. Sagte unlängst ein Polizeikommissar, Namens Witz, zu einer Wirtin in St. Johann, auf deren Bemerkung, daß die Sozialdemokraten stets anständig gewesen und regelmäßig bezahlt hätten. „Es was, andere Leute und wenn sie auch nicht bezahlen, sind mir immer noch lieber als diese Lumpen.“ Sehr gut, Herr Polizeikommissar! Wir kennen uns von früher, von unserer Militärdienstzeit bei dem rheinischen Jägerbataillon in Wehlar her. Sie waren damals Oberjäger (Unteroffizier). Daß Sie ein großer Freund vom Trinken (aber nicht bezahlen) waren, wird mir Jeder bestätigen, der das Glück hatte, von Ihnen in's Wirtshaus geschleppt zu werden. Daß Sie es verstanden haben, Ihren Leuten auf der Tasche zu liegen wie Keiner, davon ließ sich wohl hundertfacher Beweis erbringen. Auch das Kartenspiel verstanden Sie meisterhaft. Herr Commissar, wer sich von Ihnen zum Spiel pressen ließ, wußte im Voraus, daß er verloren hatte. — Sie wußten auch immer ganz genau, wer Etwas von zu Hause geschickt bekommen hatte, daher wunderte mich die Bemerkung unseres Genossen Dreesebach keineswegs, daß Sie auffälliger Weise über seine Reise in die Saarbrücken so unterrichtet gewesen sind. Der ehemalige Jäger, Herr Commissar, ist heute Sozialdemokrat, einer der von Ihnen verachteten „Lumpen“. Was sagen Sie dazu! Ob die St. Johanner Wirtin wohl recht hatte. Mir dünkt, Ihnen gegenüber ganz besonders, verstanden! Oder Sie müssen ein ganz anderer Mensch geworden sein. Daß aber lassen Sie sich gesagt sein, in einem sozialistischen Staat resp. Gemeinwesen wären Sie von vornherein bei Ihnen, wie Sie sehen, sehr wohl bekannten Tugenden, zur Unmöglichkeit geworden sein. Es ist doch merkwürdig, daß gerade diejenigen Menschen, welche sich berufen fühlen, der Sozialdemokratie am Zeuge zu stehen, sich früher oder später derbe Zurechtweisungen gefallen lassen müssen. Oder glauben der Herr Commissar vielleicht, mir eins versetzen zu können, dann nur zu, die Wahrheit wird man in diesem Falle doch sagen dürfen, denn ich wohne nicht in Saarbrücken.

Darmstadt, 28. September. Die Kaisertage von Darmstadt sind vorüber und der Jubel der „Reichsfreunde“ ist verrauscht. Ob aber der Kagenjammer, der durch die Kaisertage verursacht wurde, sobald vergehen wird, bleibt noch abzuwarten. Unsere verehrlichen Stadtväter hatten zu den Kaisertagen in bereitwilliger Weise für die während derselben zu veranstaltenden Festlichkeiten die Kleinigkeit von 10,000 Mark bewilligt. Unsere kommunalen Finanzen gestatten das ja, denn die Steuerzahler werden einfach daran „erinnert“, wenn sie einmal in die Lage kommen sollten, mit dem Bahlen im Rückstand zu bleiben. In der Stadtverordnetenversammlung sprach besonders der Bürgermeister Ohly sehr warm für die Bewilligung der 10,000 Mark, der Lohn für diese „reichsfreundliche“ Thätigkeit ist denn auch in der Gestalt eines roten Adlerordens 3. Klasse unserm verehrlichen Stadtoberhaupt zu Theil geworden. Unser Bürgermeister ist überhaupt kein Anrufer, das Lob muß ihm der Reich lassen; schade nur, daß es gerade das arme steuerzahlende Volk ist, auf dessen Kosten Hr. Ohly so splendide ist. So sind z. B. außer den oben erwähnten 10,000 Mark weitere 5000 Mark für das 10. mittelhessische Turnfest verausgabt worden, 600 Mark wurden zur Fahnenweihe des Kriegervereins bewilligt und 200 Mark flossen dem „selbständigen Handwerkerstag“ als Unterstützung zu. Wenn die hiesigen Steuerzahler diesen ewigen „Geldbewilligungen“ nicht bald zu steuern suchen, dann sind sie von wegen der Steueranfragen, die ihnen in Aussicht stehen, wahrhaftig nicht zu beneiden, aber — auch nicht zu bedauern. Wer dumm ist, muß geprügelt werden.

Aus Oberhessen, 8. Oktober. Gestern tagte in Münzenberg eine Volksversammlung, in der Ulrich über „Die Ziele der Sozialdemokratie“ sprach. Redner entlegte sich in der verständlichsten Weise zur Zufriedenheit der Anwesenden seiner Aufgabe. Die sich hieran anschließende Debatte wurde von mehreren Gegnern benützt, Verdrehungen und Entstellungen des Vortrags vorzunehmen. Wirklich Großes in diesem Fache leistete ein Herr Flach aus Buxbach. So lange er in den Grenzen des Anstandes sich bewegte, war Ulrich derjenige, der ihm mit der Wahrheit gehörig diente; als er aber die Commune von Paris eine Bande von Wobdrennern nannte und unsere Führer mit hier nicht wiederzugebenden Ausdrücken belegte, mußte natürlich jede Auseinandersetzung mit solchen Leuten unterbleiben. Ulrich erklärte, daß er auf Gemeinheiten nicht antworte, und empfahl dem Herrn Flach, dessen Kopf seinen Namen nicht Lügen strafe, die neueren Werke über die Commune zu lesen und dann über dieselbe zu sprechen. Die gegen unsere Führer geschleuderten Verdächtigungen bezeichnete Ulrich als grobe Unwahrheiten, worauf Herr Flach thatsächlich außer Stande war, noch etwas zu erwidern und sich hammelnd vor der Versammlung entschuldigte. — Ein sehr anständiger Gegner war Herr Lehrer Funk aus Rodenburg, welcher die Berechtigung der Sozialdemokratie völlig anerkannte, dagegen unsere Stellung zum deutschen Reich und den Erfolgen derselben als ungerechtfertigt bezeichnete. Genosse Ulrich konnte, da die Zeit bereits sehr vorgeschritten war, eine längere Disputation mit dem Herrn Lehrer Funk nicht eingehen und machte deshalb den Vorschlag, in einer späteren Versammlung mit demselben speziell über unsere Ziele und unsere Stellung zum heutigen deutschen Reich zu disputiren. Dieser Vorschlag wurde seitens des Herrn Lehrer Funk angenommen und auf Wunsch es ihm überlassen, Ort und Zeit, wo und wann die Versammlung stattfinden soll, zu bestimmen.

London. (An die hiesigen Abonnenten und Leser der „Neuen Welt“.) Da die Verbreitung der „Neuen Welt“ hier eine sehr mangelhafte und nachlässige ist, wie die Leser alle wissen werden (wir sind hier immer 3—4 Hefte zurück) so habe ich mich entschlossen, die Verbreitung zu übernehmen, um diesem Uebelstand abzuhelfen und ein möglichst pünktliches Erscheinen zu ermöglichen. Ich ersuche daher die bisherigen Leser und Abonnenten, ihre Bestellungen vom neuen Jahrgange (1. Oktober) baldigt bei mir machen zu wollen. Ich werde auch für die noch fehlenden Hefte sorgen. Der Preis ist auf 4/- Pence pro Heft fest ins Haus und zwar nach allen Theilen Großbritanniens festgesetzt und erhalten die Abonnenten pünktlich alle 3 Wochen ein Heft.

Willy. Hoffmann,

37 A. Princess Str. Leicesters Squ. London W.

Allgemeiner deutscher Töpferverein.

Collegen! Da durch eifrige Agitation der Mitglieder der Zweck und Nutzen unserer Vereinigung in den Reihen der Collegen, die sich vor 3 Jahren der von den Meistern gegründeten Innung angeschlossen, dazu geführt hat, daß dieselben nunmehr unserem Verein beigetreten sind, so hat sich die Innung jetzt aufgelöst; dieselbe war also nicht im Stande, den Töpferverein zu sprengen. Collegen! Da der Verein sich die Aufgabe gestellt hat, in allen Städten Deutschlands die Lage der Töpfer zu verbessern, so fordere ich alle Töpfer und Berufsgenossen, die dem Verein noch nicht angehören, auf, ungekündigt demselben beizutreten.

Hamburg, den 15. Oktober.

Mit sozialdemokratischem Gruß

A. Barbi.

St. Pauli, Markstr. 5, Haus 2, part. links.

19. sächsischer Wahlkreis.

An die Partei- und Gesinnungsgenossen gelangt hierdurch die Nachricht, daß den 28. Oktober d. J. in der Gärtnerei in Köhnitz eine Konferenz stattfinden soll. Als hauptsächlichste Tagesordnung ist zu betrachten, die weitere Verabreichung des früher angeregten Projekts und die Neuwahl des Centralortes. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen (11 Uhr Vormittags) ist dringend nothwendig.

Geyer.

Für das Centralcomité:

E. Demmler, H. Kerpmann.

Briefkasten.

Karl Dula, Schlachter aus Püßlitzchen in Ungarn, wird ersucht, seinen Aufenthalt seinem Vater, Andreas Dula in Ulszög bei Püßlitzchen, anzugeben. Sonst wird auch jeder Menschenfreund um Bekanntgeben seines Aufenthaltsortes gebeten.

Quittung. Abnt Soissons Ab. 4.00. G. Auf Biechen Ab. 11.00. Lgs. Hannover Ann. 0.70. Sbrt Cassel Ab. 9.00. Frz Offenbach Ab. 13.00. Hbr Friedberg Ab. 6.92. J. St. Wien Ab. 1.71. J. Ven Graz Schr. 8.55. Stgl. Teplitz Ab. 1.71. Bst. Arzberg Ab. 1.54. Wrgs. Wien Schr. 6.84. Swann. Antwerpen Ab. 5.37. H. M. Ritz Gelsenau Schr. 19.15. Expedition der „Glauch. Nachr.“ Glaucha Ab. 77.65. Schr. 21.50. Pfeichar. Hohenstein Ab. 30.00. Hbr. Hildesheim Ann. 3.00. Rittmar. München Ab. u. Schr. 80.00. Bril. M. Schönb. Ab. 11.97. Hngl. Kiel Ab. 6.25. Pöschow. Waldenburg Ab. 6.40. Wittg. Altona Ab. 76.00. Pung. Bremen Ab. 38.00. Schtnbrge. Wien Ab. 5.00. Wd. Ominersheim Schr. 0.85. Fiedrich. hier Schr. 3.00. Knöcher. Regensburg Schr. 2.00. Wbr. Leutersdorf Schr. 3.25. D. Sprottau Schr. 6.00.

Anzeigen etc.

Altona. Dienstag, den 23. Oktober, Abends halb 9 Uhr, in Koppelman's Salon.

Versammlung aller Steuerzahler.

Tagesordnung: Abfassung einer Resolution an den Magistrat betr. Erweiterung des Communal-Wahlrechts resp. Erlangung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts. Im Auftrag des Volksvereins: E. Brädmann.

Halle a. S. Sozialdemokratischer Arbeiterverein.

Von jetzt ab findet regelmäßig jeden Dienstag, Abends 8 Uhr (S. 166)

Versammlung

statt. Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Der Vorstand. (S. 166)

Hannover. Sonnabend, den 27. Oktober, findet im Ballhause die diesjährige (S. 164) (3.00)

Todesfeier Ferdinand Lassalle's

bestehend in Concert, Festrede u. Vorträge statt. Alle diejenigen, welche geneigt sind etwas vorzutragen, werden gebeten, sich bis Mittwoch Abend bei H. Rudolph, Mittelstr. Nr. 11 zu melden, woselbst auch Karten können in Empfang genommen werden. Parteigenossen, sorgt für die größte Verbreitung. Anfang halb 9 Uhr Abends. J. A.: H. Rudolph.

Hannover. Allen Freunden und Parteigenossen zur Nachricht, daß wir Welfenstr. Nr. 17 wohnen und bitten auch dort uns mit Aufträgen beehren zu wollen. (S. 164) (1.20) Dortmund & Bedekind, Schneidermeister.

Bekanntmachung.

Allen Mitgliedern hierdurch zur Nachricht, daß wir für die bis ult. September geleisteten Eingahlungen die Interims- resp. Antzweishelme verhandelt haben, und bitten, bei etwaigem „Nichtentzweishelme“ derselben unter genauer Angabe der Adresse zu reklamiren. Achtungsvoll

Der Vorstand

der Allgemeinen deutschen Afficiations-Buchdruckerei in Berlin. (Eingetragene Genossenschaft.) (S. 160)

Soeben erschien das 1. (Probe-) Heft der Zeitschrift:

Die Neue Gesellschaft.

Monatsschrift für Sozialwissenschaft

herausgegeben

von

Dr. F. Wiede.

Der Charakter dieser Zeitschrift ist ein entschieden sozialistischer und streng wissenschaftlicher, was durch die hervorragendsten sozialistischen Gelehrten auf dem Gebiete der Sozialökonomie und Statistik, Sozial- und Naturphilosophie, Rechtswissenschaft, Culturgeschichte, Hygiene und Pädagogik etc. etc. gewährleistet wird.

Das 1. (Probe-) Heft der „Neuen Gesellschaft“ enthält: Vorwort vom Herausgeber. — Die Strömung in der Gesellschaft wider den Sozialismus von Dr. A. Dula. — Ueber die natürliche Zuchtwahl in der menschlichen Gesellschaft von Dr. A. Schaeffle. — Wissenschaftliche Ketzerverfolgungen der Neuzeit mit Rücksicht auf die Zukunft der deutschen Universitäten von Dr. Ludwig Büchner. — Zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Oesterreich von Joh. Most. — Die Halbbreit des juristischen Studiums von Dr. M. L. — Die medizinische Wissenschaft und die Sozialreform von Dr. Aug. Theod. Stamm.

Die Zeitschrift erscheint monatlich in elegantester Ausstattung 3 bis 4 Bogen stark in Lexikon-Okta.

Abonnementspreis pro Quartal 3 Mark.

Zu beziehen direkt durch die Expedition der „Neuen Gesellschaft“ in Zürich (ohne Portoberechnung), sowie durch alle Buchhandlungen.

Zürich, Herbst 1877. (S. 160)

Verlag der „Neuen Gesellschaft“.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Geßig in Neuburg-Weipzig. Redaktion und Expedition: Häberstraße 12/II. in Leipzig. Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.